



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
anlässlich der Debatte zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen
der EU mit Ukraine, Moldau sowie Bosnien und Herzegowina**

**in der 1040. Sitzung des Bundesrates
am 15. Dezember 2023**



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. Dezember 2023 in der 1040. Sitzung des Bundesrates

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

1.200 Kilometer von hier opfern Menschen gerade ihr Leben, um die Eigenständigkeit und Souveränität ihres Landes, der Ukraine, gegen den Angriff Russlands zu verteidigen. Diese Menschen setzen sehr große, geradezu verzweifelte, Hoffnungen darauf, Teil der Europäischen Union zu werden.

Dies müssen wir im Hinterkopf behalten, wenn wir uns mit der Frage der Erweiterung der EU beschäftigen.

Die EntschlieÙung, die wir heute behandeln und für die ich Baden-Württemberg sehr dankbar bin, stellt noch einmal klar, dass souveräne Staaten das Recht haben müssen, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden.

Bremen ist im letzten Jahr eine Partnerschaft mit dem Oblast Odessa eingegangen und unterstützt die Ukraine auf regionaler Ebene bereits jetzt aktiv.

Wir werden auch weiterhin das in unserer Macht stehende tun, um die Ukraine auf ihrem Weg in die Europäische Union zu begleiten und in Ihrem Abwehrkampf gegen die russische Aggression zu unterstützen.

Es geht hier aber nicht nur um die Ukraine und die anderen Beitrittskandidaten. Es geht auch um uns, die Menschen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, besser formuliert: unserer Europäischen Union.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. Dezember 2023 in der 1040. Sitzung des Bundesrates

Denn die Erweiterung der EU ist in unserem ureigenen Interesse: Wir brauchen ein starkes und handlungsfähiges Europa – das sollte uns allen spätestens seit dem 24. Februar 2022 noch deutlicher geworden sein als zuvor.

Und die bisherigen Erweiterungen – das zeigt die Geschichte – haben die Europäische Union stärker gemacht. Auch wenn ich die damit verbundenen praktischen Schwierigkeiten gar nicht kleinreden oder gar leugnen möchte.

Sie haben die EU stärker gemacht, weil sie bewiesen hat, dass Solidarität unter Staaten möglich ist, die sich in der Vergangenheit häufig als Feinde gegenüberstanden.

Weil sie durch die neuen Mitglieder an Kraft und Bedeutung in der Welt gewonnen hat.

Weil es ihr gelungen ist, durch demokratische Entscheidungsfindungsprozesse Mehrheiten auch für schwierige Themen zu schaffen und so Wandel produktiv zu gestalten.

Und weil die EU genau dadurch täglich beweist, dass Souveränität im 21. Jahrhundert auch und gerade dann funktioniert, wenn sie demokratisch geteilt wird.

All das sollten wir nicht vergessen, wenn wir uns manchmal im Klein-Klein der Kommissionsentwürfe, der Bundesrats-Stellungnahmen und im Dickicht der Verfahren zu verlaufen drohen.

Die Europafreundlichkeit, die unser Grundgesetz schon in seiner Präambel statuiert, sollte von uns jeden Tag gelebt werden, und genau das tun wir hier auch mit der heutigen EntschlieÙung.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. Dezember 2023 in der 1040. Sitzung des Bundesrates

Denn gerade im Falle der EU-Erweiterungen wirken die Länder von jeher proaktiv und konstruktiv mit, zum Beispiel bei der Umsetzung von Verwaltungsreformen, die für demokratische Gemeinwesen von zentraler Bedeutung sind, und wir werden das auch weiterhin tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja, der Erweiterungsprozess verlangt den Kandidatenstaaten Erhebliches ab. Aber das gilt auch für die EU und ihre Mitgliedstaaten selber! Es gilt auf der Basis gemeinsamer Werte und rechtsstaatlicher Grundsätze Kompromisse zu finden, sich neuen Herausforderungen zu stellen und auch finanzielle Anstrengungen zu bewältigen.

Und auch wenn im Augenblick der Fokus der öffentlichen Diskussion auf der Ukraine liegt. Wir dürfen die nicht vergessen, sie sich zum Teil seit 20 Jahren um eine Aufnahme in die EU bemühen. Mit Blick auf den Westbalkan müssen die Kandidatenstaaten und die EU gemeinsam daran arbeiten, dass das vor 20 Jahren auf dem Gipfel von Thessaloniki gegebene Versprechen einer gemeinsamen europäischen Perspektive in die Tat umgesetzt werden kann. Deswegen ist es auch gut, dass der Europäische Rat Blockaden überwunden hat und gestern nicht nur entschieden hat, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau zu eröffnen und Georgien den Status eines Beitrittskandidaten zuzusprechen, sondern auch vereinbart hat Bosnien und Herzegowina Aufnahmegespräche zu avisieren, wenn sie weitere Aufnahmekriterien erfüllen. Ein kleiner, aber richtiger Schritt.

Gleichzeitig zeigt die Noch-Nicht-Einigung von weiteren Ukraine-Hilfen wegen des Vetos Ungarns, dass und wo Reformbedarf besteht.

Bedarf, der noch größer wird, wenn die EU weiter wächst und vielfältiger wird. Denn eins ist doch klar: Eine Union mit wo möglich bis zu 37 Mitgliedstaaten wird anders aussehen müssen als eine Union der Siebenundzwanzig!



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. Dezember 2023 in der 1040. Sitzung des Bundesrates

Das heißt aber auch: Mit der Frage der Erweiterungsfähigkeit der Union müssen sich die EU und die Mitgliedstaaten frühzeitig und intensiv auseinandersetzen.

In Deutschland bedeutet das, dass insbesondere auch wir als Länder kritisch beleuchten müssen, wie unter diesen Voraussetzungen die EU handlungsfähig bleiben kann und ihre demokratischen Mitwirkungsrechte gesichert und weiterentwickelt werden können.

Ich möchte die Bundesregierung daher auffordern und bitten, diese Prozesse schon jetzt einzuleiten und aktiv in einen Dialog mit den Ländern über diese Fragen einzutreten.

Denn die Erweiterung der Europäischen Union kann nur gelingen, wenn alle Hände an Deck sind.

Herzlichen Dank!